

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Was bedeutet Armut in Krisenzeiten? Neue Ansätze und Vorschläge zu ihrer nachhaltigen Bekämpfung

21. November 2024

Armut in Wohlstandsgesellschaften hatte immer schon ihre eigenen Charakteristika. Aber wie verändern sich diese unter den aktuellen Bedingungen einer Überlagerung von mehrfachen Krisenentwicklungen? Und wie kann dem mit neuen Ansätzen zu ihrer Bekämpfung nachhaltig begegnet werden? Diesen Fragen widmet sich das von Diskurs. Das Wissenschaftsnetz organisierte Mediengespräch.

Wir sind seit mehreren Jahren mit einer Situation konfrontiert, in der sich mehrere Krisen überlagern und gegenseitig verstärken mit zum Teil massiven Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft, aber v.a. auf ihre vulnerabelsten Teile. Wissenschaftliche Analysen richten in diesem Zusammenhang ihr Augenmerk auf die Auswirkungen der Verschränkung von Covid-Pandemie, inflationsbedingter Teuerung und Klimakrise auf Armutsbetroffenheit. Aus diesen Analysen werden Schlussfolgerungen für die Armutsbekämpfung gezogen. Denn die bisherigen Ansätze reichen angesichts dieser Entwicklungen nicht aus, um den daraus entstehenden neuen Herausforderungen angemessen zu begegnen.

Inputs:

[Karin Heitzmann](#) (Wirtschaftsuniversität Wien): **"Armut und ihre Auswirkungen verändern sich in Polykrisen"**

[Nikolaus Dimmel](#) (Paris Lodron Universität Salzburg): **„Armutsbekämpfung: Das Dach über dem Kopf muss leistbar bleiben“**

[Martin Schenk](#) (Die Armutskonferenz): **„Schwächen im österreichischen Sozialstaatsmodell überwinden: Besondere Maßnahmen in Gesundheit und Bildung“**

Moderation: Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Karin Heitzmann

Armut und ihre Auswirkungen verändern sich in Polykrisen

Wir leben in Zeiten multipler Krisen. Die **Klimakrise** begleitet uns schon lange - mit immer drastischeren Auswirkungen, die sich beispielsweise in der Zunahme von Anzahl und Intensität extremer Wetterereignisse zeigen. Die **COVID-19-Pandemie** hat ab dem Jahr 2000 de facto die ganze Welt erfasst und die Inflationsskrise als Reaktion auf eine **Energiekrise**, die wiederum durch **geopolitische Krisen und Kriege** ausgelöst wurde, hat uns in den letzten Jahren begleitet.

Für Armut und Armutsbetroffene bedeuten diese Polykrisen zweierlei. Zum einen zeigt sich, dass die **Zahl der Armutsbetroffenen in den letzten Jahren gestiegen** ist - vor allem auch deshalb, weil sich bekannte Auslöser von Armut negativ entwickelt haben. So stieg während der Corona-Pandemie die registrierte Arbeitslosigkeit in Österreich sprunghaft an (von 7,4% im Jahr 2019 auf 9,9% im Jahr 2020). In der Folge stieg auch die Armutsgefährdung an, die relative Einkommensarmut misst. Sie erhöhte sich zwischen 2019 und 2020 von 13,9% auf 14,7% und liegt 2022 mit 14,9% weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt. Weil der aktuelle Wirtschaftsausblick auch eher karge Zeiten voraussagt, wird sich an dieser Situation wohl auch in den nächsten Jahren wenig ändern. In den Zeiten der sehr hohen Inflation hatten dann immer mehr Menschen Schwierigkeiten, existenzielle Ausgaben zu tätigen. Dies zeigt sich im Indikator der **erheblichen sozialen und materiellen Deprivation**, der im Wesentlichen misst, was man sich von seinem Einkommen nicht (mehr) leisten kann. Er **erhöhte sich von 1,8% im Jahr 2021 auf 2,3% im Jahr 2022 und 3,7% im Jahr 2023**. Da gerade für einkommensschwache Menschen die Bereiche Wohnen, Energie (und Mobilität) die größten Ausgabenposten darstellen, sind sie auch von der Klimakrise besonders betroffen, da sich die individuelle Bewältigung des Klimawandels für sie als besonders teuer gestaltet.

Aus den zahlreichen empirischen Studien zu den Krisenjahren lernen wir zweierlei:

- **Erstens: Krisen erhöhen tendenziell die Zahl der von Armut betroffenen Menschen.** Dies gilt umso mehr in Zeiten von Polykrisen. Folgerichtig ist der europäische Indikator für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich zwischen 2018/19 und 2022/23 von 16,5% auf 17,7% gestiegen.
- **Zweitens treffen die negativen Auswirkungen dieser Krisen vor allem jene Bevölkerungsgruppen, die ohnehin häufig von Armut bedroht sind, und verschärfen deren prekäre Situation.** Dies zeigt sich auch daran, dass sich die klassischen Armutsrisikogruppen kaum verändert haben. Die höchsten Armutsgefährdungs- und Deprivationsrisiken weisen nach wie vor Arbeitslose, Niedrigeinkommensbezieher:innen, Alleinerziehende oder Großfamilien auf.

In Krisenzeiten werden daher auch die Versäumnisse und Fehlentwicklungen der Vergangenheit schmerzhaft sichtbar - auch für diejenigen, die nun neu von Armut und Ausgrenzung betroffen sind.

Armutsbekämpfung: Das Dach über dem Kopf muss leistbar bleiben

LEISTBARES WOHNEN

1. Mietkostenbelastung

2020-2023 wurden die Kategoriemieten um 100% und die frei vereinbarten Mieten um 150% des Anstiegs der Tariflöhne, angehoben. Die Mieten zogen also den Löhnen um bis zum Doppelten davon. Zwischen 2008 und 2021 ist die Wirtschaft um knapp 37% gewachsen, im gleichen Zeitraum haben sich die Mieteinnahmen beinahe verdreifacht. Hohe Mieteinnahmen aber (er)drosseln die Nachfrage der Haushalte nach Gütern und Dienstleistungen und sind mit-ursächlich für die Stagflation. Mehr als 80% der Mieteinnahmen fließen in das oberste Dezil.

Die Mietkostenbelastung inkl. Betriebskosten stieg für alle Hauptmietwohnungen von 2019 bis 2023 pro Quadratmeter insgesamt um 17%. Allerdings erreichte dieser Anstieg in privaten Mietwohnungen 19%, in Gemeindewohnungen 14% und in Genossenschaftswohnungen 13%. Die durchschnittliche Miete pro qm erreichte 2023 in Gemeindewohnungen 7,7 €, in Genossenschaftswohnungen 8,1 € und in anderer Hauptmiete 11,1 €.

Treiber dieses Anstiegs war zum einen die Kopplung der Mieten an den Verbraucherpreisindex (VPI) und damit an die Inflation. Manche Mieter:innen erhielten 2022 drei Mal eine neue, erhöhte Vorschreibung. Zum anderen war die Befristung von Mietverträgen ein Treiber der Miethöhe. Haushalte mit befristeten Mietverträgen zahlten 2023 im Durchschnitt 12,2 € Miete inkl. Betriebskosten pro Quadratmeter. Dabei handelt es sich größtenteils um Verträge im privaten Mietsektor. Jene Haushalte, die unbefristete Mietverträge hatten, kamen auf 8,4 € monatlich. Hier ist fast der gesamte geförderte Sektor inkludiert.

2. Armut und Wohnkostenüberlastung

Insgesamt geben die österreichischen Privathaushalte (im Median) 17% ihres Haushaltseinkommens für das Wohnen aus (Statistik Austria 2023). Das oberste Viertel der Haushalte gibt dafür maximal 10% des HH-Einkommens aus, das unterste Viertel muss 27% oder mehr für das Wohnen bezahlen.

Haushalte mit einem geringen äquivalisierten Haushaltseinkommen tragen im Median überdurchschnittlich hohe Quadratmeterkosten. Der Median der Wohnkosten pro Quadratmeter ist mit 9,7 € fast doppelt so hoch wie die Quadratmeterkosten von Haushalten mit hohem Äquivalenzeinkommen (5,3 €). Ursächlich dafür sind insgesamt geringe Wohnkosten bei ausfinanziertem Eigentum.

Betrachtet man Armuts- und Ausgrenzungsgefährdete, zeigt sich, dass die Wohnkosten pro Quadratmeter für Haushalte in erheblicher materieller Deprivation und für Haushalte mit geringer bzw. keiner Erwerbsbeteiligung mit 11,1 € pro Quadratmeter noch höher liegen als in der Gruppe der Armutsgefährdeten.

Von einer Überbelastung durch Wohnkosten spricht man, wenn diese mehr als 40% des verfügbaren Haushaltneutoeinkommens ausmachen (Statistik Austria, 2023d: 104 f.). 10% aller Haushalte sind davon betroffen. Innerhalb der Gruppe armutsgefährdeter Haushalte waren es 2022 44%; für 2023 wurde der entsprechende Wert mit 38% angegeben.

3. Maßnahmen

3.1. Kurzfristig - existenter Wohnraum

- Entkopplung der Wertsicherung der Mieten vom VPI; einheitlicher Mietpreisdeckel
- Entfristung von Mietverträgen im Voll- und Teilanwendungsbereich des MRG
- Beschränkung der Zulässigkeit von Zuschlägen (Einschränkung des Spielraums der Vermieter)
- Dauerhafte Energiepreisregulierung (Deckelung Energiekosten analog „Stromkostenzuschuss“; Strompreisbremse)
- Mehrwertsteuer-Entfall auf Miete und Allgemein-BK

3.2. Mittelfristig - bereits existenter Wohnraum

- Mobilisierung von Leerstand (Zwangszuweisung bei spekulativem Leerstand = Wohnraumbewirtschaftung; Leerstandsabgabe; Fehlbelegungsabgabe bei aus öffentlichen Mitteln gefördertem Wohnraum); Sbg Stadt: 3.600 Wohnungen bzw. 3,6% Leerstand; Ibk: 7.000 Wohnungen bzw. 8,8% Leerstand; österr. Durchschnitt: 4,7% Greenpeace Studie 2024: Ktn 5,7%, Trl 5,6%, Sbg 5,2%, Wien 3,4%
- 11,5% aller Wohnungen in Ö. sind Nebenwohnsitze (v.a. NÖ, Sbg und Bgld); Begründung von Zweit- bzw. Nebenwohnsitzen beschränken bzw. extrem verteuern
- öffentliche Hand als Zwischenmieter etablieren
- Fortlaufende Bedarfsprüfung im kommunalen Wohnraum
- Striktere Regulierung von AirBnB
- Herausnahme der Wohnkosten aus der Sozialhilfe und Überführung in ein eigenständiges, österreichweit einheitliches Wohnungssicherungsrecht – Umschichtung der WBF auf Wohnbeihilfen

3.3. Mittelfristig - zu schaffender Wohnraum

- Baulandmobilisierung (Gemeinden müssen bodenpolitische Instrumente nutzen, um als Bauland gewidmete, aber bislang nicht verfügbare Grundstücke für Zwecke der Bebauung zu mobilisieren; Tirol: mehr als 3.000 Hektar Bauland werden seit Jahrzehnten nicht bebaut, nicht verkauft, weil spekulativ gehortet)
- Mobilisierung des Bodenbeschaffungsgesetzes 1974
- Entschädigungsbasierte Enteignung von spekulativ gehortetem Bauland
- Vorkaufsrechte der öffentlichen Hand (adaptierte Vertragsraumordnung: bauland-größenabhängige Verpflichtung, Bauland der öffentlichen Hand bzw. gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften anzubieten (Vorkaufsrechte)
- Steuerung der Bodenpreise (Bsp. Burgenland: Preisdeckel für Bauland gilt für Verkäufe durch die Gemeinde); ergo: Baulandenteignungsgesetz
- Maßnahmen zur Verdichtung (Baulückenmanagement, Überbauung von Supermärkten, Tankstellen, Einkaufszentren)
- Verfassungsrechtliche Verpflichtung der Gemeinden, proportional zur EW-Zahl Gemeindefortwohnungs-Bestand aufzubauen bzw. Bauland zu arrondieren
- Fokus auf Förderung von Genossenschaftsanteilen (Förderung für Bau- und Grundkostenbeiträge bei genossenschaftlich errichtetem Wohnraum) zu Mietzwecken

Mieten ziehen den Löhnen davon



Quelle: MRG, Statistik Austria, OeNB, WIFO, Eigene Berechnung;
Anmerkungen: Jeweils Entwicklung bei Einzugstermin im Jänner 2020.
Tariflohnindex: Tatsächliche Werte bis September 2022, ab Oktober 2022 Prognose mit dem OeNB Wage Tracker. Annahme Jahresinflation 2023: 6,5%. Beim freien Mietvertrag wurde eine Wertsicherungsklausel mit 5%-Schwelle angenommen.

/// MOMENTUM
/ INSTITUT

Martin Schenk

Schwächen im österreichischen Sozialstaatsmodell überwinden: Besondere Maßnahmen in Gesundheit und Bildung

Einen der höchsten Impacts in Armutsbekämpfung und -vermeidung haben Investitionen in Gesundheit und Bildung. Hier entstehen neben dem Effekt geringerer Armut auch weitere sozioökonomische Win-win-Situationen zwischen Einkommen, Arbeitsplätzen und konjunkturellen Impulsen.

Die gesamtwirtschaftlichen Kosten von Schulabbruch betragen für Österreich bspw. 1,1 Mrd Euro im Jahr. Investitionen zahlen sich aus.

Tabelle 1: Kosten des frühen Schulabgangs in Österreich 2017 bis 2021 pro Jahr

| | je Fall in Euro | Hochgerechnet auf alle frühen Schulabgänger:innen im Alter von 18 bis 24 Jahren in Mio. Euro | | |
|--------------------------------|-----------------|--|--------------|-------------------------|
| | | Durchschnitt | Durchschnitt | 95%-Vertrauensintervall |
| Gesamtwirtschaft ^{a)} | 20.150,49 | 1.115,18 Mio. | 890,67 Mio. | 1.339,70 Mio. |
| Öffentliche Hand ^{b)} | 8.346,66 | 461,9 Mio. | 363,50 Mio. | 560,40 Mio. |
| Unternehmen ^{b)} | 4.527,25 | 250,6 Mio. | 200,20 Mio. | 300,90 Mio. |

Quelle: Bacher (2023), a) Brutto, b) Netto

➔ Gesundheit

- Cure and Care: *Social Prescribing, Primärversorgung, Ausbau aufsuchender Arbeit* (Home Treatment in der psychiatrischen Versorgung, mobiles Familiencoaching in Krisen, ...)
- Prävention: Frühe Hilfen und *Kinderhilfen (Präventionsketten)*
- Leistbare & zugängliche Gesundheitsversorgung: *kassenfinanzierte Therapieplätze*

Das österreichische Sozialstaatsmodell trennt traditionell in »Cure« und »Care«, ins Medizinische und ins Soziale. Wird im Krankenhaus noch auf hohem Niveau für uns

gesorgt, sind wir, sobald wir als »austherapiert« gelten, oft auf uns allein gestellt oder werden im Alter zum Fall für die Sozialhilfe. Das erleben viele chronisch Kranke und Pflegebedürftige. Die Trennung zwischen dem ärztlichen Cure-Bereich und dem sozialpflegerischen Care-Sektor führt zu einander in Finanzierung und Organisation gegenüberstehenden Systemen. Das kontinentale Sozialstaatsmodell hat zudem eine stark berufsständische Schlagseite: Dadurch wird die Entwicklung moderner Berufsbilder und integrierter Angebote behindert. Das ist nicht überall gleich. In Dänemark machen Pflegekräfte die Pflegeeinstufung. Berufe zwischen Sozialarbeit und Gesundheitsversorgung sind anderswo leichter möglich, Grätzelarbeit wird selbstverständlicher mit Public Health verknüpft, Modelle wie »Social Prescribing« versuchen Gesundheit und Soziales zu integrieren.

Um Soziales und Gesundheit besser zu integrieren wäre der Ausbau und die Implementierung von **Social Prescribing** in der Primärversorgung und an anderen Stellen des Gesundheitssystems sinnvoll. Mediziner:innen können ein „soziales Rezept“ verschreiben, das über einen „Link-Worker“ gesundheitsrelevante Fragen wie Einsamkeit, Delogierungsgefahr oder Überschuldung behandelt.

In dieselbe Richtung gehen sogenannte **Kinderhilfen**, auch »**Präventionsketten**« genannt, die sich an den Lebensphasen und Entwicklungsherausforderungen von Kindern orientieren. Diese miteinander verbundenen Präventionsketten sollen sicherstellen, dass die einzelnen Glieder verlässlich ineinandergreifen, damit die Kette nicht reißt. Der Begriff mag etwas missverständlich sein, denn im Kern geht es darum, Unterstützungsnetze zu mobilisieren, die sowohl im sozialstaatlichen und institutionellen Rahmen als auch in der Gemeinde und der Community verankert sind. Dabei spielen soziale Dienstleistungen eine besonders wichtige Rolle. Die Unterstützung beginnt bereits rund um die Geburt, im ersten Lebensjahr, mit den sogenannten „Frühen Hilfen“, die Eltern multiprofessionell und sozialraumnahe unterstützen sollen. Dieser Ansatz, der Menschen in der Community zusammenführt, traditionelle Berufsbilder aufbricht und Ressourcen sowie finanzielle Mittel mobilisiert, hat in anderen Ländern wie Dänemark oder Deutschland sehr gute Erfolge gegen Kinderarmut erzielt.

Die Versorgungslücke bei psychotherapeutischer und psychologischer Behandlung liegt beispielsweise bei der Leistbarkeit, aber auch bei den langen Wartezeiten und der Mangelversorgung in ländlichen Regionen. Es geht also um **kassenfinanzierte Behandlung**, um bessere **regionale Versorgung** und um **diversere Formen der Angebote** wie regionale Therapiezentren oder mobile Teams. Da besteht die Herausforderung darin, »Drei in Eins« zu setzen: Erstens Gesundheit und Soziales zusammenzudenken mit Krankenhaus, Sozialberatung, Kindergarten, Wohnsituation etc. Zweitens: multiprofessionell und fächerübergreifend zu handeln mit Ärzt:innen, Psycholog:innen, Therapeut:innen und Sozialarbeit. Drittens: sozialraumorientiert im Grätzel, im Straßenzug, in der Gemeinde zu agieren. Eben alles, »Drei in Eins«, zu integrieren.

Für eine bessere Gesundheitsversorgung ist der **Ausbau aufsuchender Arbeit** zentral. Das kann *Home Treatment* in der psychiatrischen Versorgung, mobiles Familiencoaching in Krisen oder wechselnde Angebote im öffentlichen Raum sein.

Entscheidend ist der **Ausbau und die Weiterentwicklung von Primärversorgungszentren**. Im multiprofessionellen Team **dürfen Peers und Betroffene nicht fehlen**. Das sind Menschen, die wissen was Krankheit heißt, die selber Expert:innen ihres Lebens sind und aus der eigenen Erfahrung z.B. als Genesungsbegleiter:innen mithelfen können. Dafür sollte es österreichweit eine für die Betroffenen kostenlose Ausbildung geben und Peers einen selbstverständlichen Platz in

der Gesundheitsversorgung bekommen.

➔ **Bildung:**

- *Sozial- und Chancenindex* für benachteiligte Schulstandorte
- *Warme Mahlzeit* in Schule
- *Kinderbetreuung, Ganztagschule*

Ein kontinentaleuropäisches Sozialstaatsmodell wie in Österreich hat Probleme und Schwächen, wenn es um soziale Mobilität nach oben geht. Das österreichische Schulsystem weist einen besonders starken Zusammenhang zwischen sozialökonomischer Herkunft und Bildungserfolg auf. Österreich zählt damit zu den OECD-/EU-Ländern mit den größten Leistungsdifferenzen nach sozialer Herkunft.

- Flächendeckend, mit sozioökonomischen Indikatoren, mit Schulentwicklung, und nicht beschämend: **Sozial- oder Chancenindex**. So könnten benachteiligte Schulstandorte besser ausgestattet werden. In Toronto heißt diese solidarische Ressourcenzuteilung »Learning Opportunity Index«. Die Schulen mit dem höchsten Wert haben die stärksten Herausforderungen zu bewältigen und brauchen daher die meiste Unterstützung. Der Chancenindex erfasst Einkommen, Bildung der Eltern und sozialen Status der Schüler*innen an Schulstandorten und teilt dann Mittel zu, mit dem die Schulen Unterricht und Unterstützung verbessern können.

Dafür notwendig ist die Verankerung im Finanzausgleich und der Ausbau **ganztätiger verschränkter Schulformen**.

- Ein **warmes Essen oder gesunde Jause in der Schule** ist ein guter Beitrag für alle Kinder, aber besonders hilft es Ärmeren. Es hilft pädagogisch, weil die Kinder sich besser konzentrieren können, es hilft sozial, weil gemeinsames Essen der gemeinschaftsfördernd wirkt, es hilft gegen Armut, weil Familien in finanziell schwieriger Situation entlastet werden.

Über die Expert*innen

[Karin Heitzmann](#) ist Expertin für Armuts- und Ungleichheitsfragen. Sie ist habilitierte Sozioökonomin und Universitätsprofessorin am Institut für Sozialpolitik in Wien. Zuvor studierte in Wien, den USA, England und Irland und arbeitet nach Abschluss ihres Doktorats (WU Wien) als Konsultantin bei der Weltbank in Washington, D.C. Ihre Arbeit der letzten Jahrzehnte trug grundlegend zur Analyse von Frauenarmut bei.

Heitzmanns Forschungsschwerpunkte sind: Wohlfahrtsstaatsforschung (Österreichische Sozialpolitik; Zukunftsfähigkeit der Sozialpolitik), Armutforschung (Analysen zur Armutspolitik, zu Armutursachen und -auswirkungen und zu armutsbetroffenen Gruppen); Ungleichheitsforschung (Armut, Reichtum und Ungleichheit in der EU/OECD)

Email: Karin.Heitzmann@wu.ac.at

[Nikolaus Dimmel](#) ist Sozialwissenschaftler und Jurist, der sich mit Fragen der Sozialpolitik, der Sozialverwaltung sowie der Armut und sozialen Ungleichheit beschäftigt. Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften und Sozialwissenschaften

spezialisierte er sich auf die interdisziplinäre Analyse von sozialen Systemen und deren rechtlichen Rahmenbedingungen.

Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Erforschung und Kritik der Strukturen sozialstaatlicher Institutionen und deren Auswirkungen auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen. Dimmel setzt sich intensiv mit Themen wie Wohlfahrtsstaatlichkeit, Sozialhilfe und den Wechselwirkungen zwischen sozialer Exklusion und rechtlichen Regelungen auseinander.

Email: nikolausdimmel@me.com

[Martin Schenk](#) ist Sozialexperte, Autor und Aktivist, der sich vor allem mit den Themen soziale Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung und psychische Gesundheit beschäftigt. Er studierte Psychologie und Philosophie und ist Mitbegründer der **Armutskonferenz**, einer Plattform, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von sozial benachteiligten Menschen einsetzt.

Ein besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der Analyse von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie in der Entwicklung von Lösungsansätzen, um soziale Ungleichheit zu bekämpfen. Schenk ist auch in den Bereichen Gesundheitsförderung und sozialer Zusammenhalt aktiv und setzt sich dafür ein, gesellschaftliche Barrieren abzubauen und den Dialog über soziale Probleme zu fördern.

Email: martin.schenk@diakonie.at

Kontakt für Rückfragen

Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 677 620 44 303

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Cosima Danzl

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 660 721 83 75

E: danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an:

<https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>

